

Editorial



Ist die Zeit reif?

Ist die Zeit reif, 2005 in die Konvergenzphase mit den DRGs zu starten und mit der „Scharfschaltung“ zu beginnen? Eins dürfte feststehen: kein Krankenhaus geht davon aus, dass es ein Zurück aus dem DRG-System gibt. Eine ernsthafte Alternative ist nicht erkennbar. Das Problem liegt nicht in der Einführung eines ausländischen DRG-Systems in

Deutschland, das ohnehin über kurz oder lang an die deutsche Behandlungswirklichkeit angepasst wird. Problematisch ist der Glaube, mit einem DRG-System das gesamte medizinische Spektrum abdecken und gleichzeitig ein perfektes Preissystem entwickeln zu können. Geradezu besessen vertreten einige „Experten“ die Auffassung, mit wenigen (unter 800) DRGs wäre es möglich, bis auf den Bereich Psychiatrie (und der ist auch nicht mehr heilig) die kompletten medizinisch/pflegerischen Leistungen ohne Ausnahmen und Ergänzungen angemessen vergüten zu können.

Nach Beispielen in der Welt gefragt, bekommt man theoretisch sachkundige Antworten. Schließlich sollte sich das deutsche System an einem international eingesetzten Vergütungssystem „orientieren“. Trotz intensiver Recherche ist es aber nicht gelungen, irgendwo ein System zu finden, das für alle Patientengruppen als ein preisähnliches System eingesetzt wird. DRGs dienen häufig zur Erfassung medizinischer Leistungen und mitunter als Budget-Findungsinstrument. Hier liegt eine der wesentlichen Ursachen der Verkrampftheit, der Hartnäckigkeit und der teilweisen Uneinsichtigkeit: Vereinheitlichung um jeden Preis, Eliminierung von Individualität, Negieren von Zusatzentgelten, wo sie in Wirklichkeit unverzichtbar sind. Standardisierung und Vereinheitlichung mit DRGs sollten nur da praktiziert werden, wo sie sinnvoll sind und nicht zum Selbstzweck werden. Unerlässlich ist ein sachgerechtes Vorgehen.

Die Kernentscheidung für ein DRG-System in Deutschland fiel am 28. Juni 2000; an diesem Tag wurde die Grundlage für die Entwicklung geschaffen, ausgehend von dem australischen DRG-System. Seitdem ist viel geschehen. Die Krankenhauslandschaft wandelt sich unübersehbar. Das Optionsjahr 2003 nutzten etwa 50 Prozent der Krankenhäuser. Der Zwangseinstieg 2004 mit wenigen Ausnahmen, noch unter budgetneutralen Bedingungen, wurde vollzogen. 9 Monate vor dem Jahresende 2004 ist eine Grundsatzentscheidung unumgänglich, wie es 2005 weitergehen soll: Start der Konvergenzphase oder Fortsetzung der Budgetneutralität? Wer eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen anstrebt, in welcher Richtung auch immer, braucht

den Gesetzgeber einschließlich der Länder, weil deren Interessen massiv tangiert sind.

Die DKG musste im März 2004 eine heikle Debatte führen: Kassensturz des G-DRG-Systems und die prognostische Bewertung. Es gab intensive Diskussionen, schließlich geht es um ein einheitliches Vergütungssystem, das für Krankenhäuser aller Größenklassen und Ausrichtungen gilt – von Schlachtschiffen bis zum Optimisten (kleine Segeljolle).

Die erste große Frage ist die Fortsetzung der budgetneutralen Phase über 2004 hinaus. Die Antwort ist ein klares Nein! Die DKG steht zum Start in die Konvergenzphase im Jahr 2005, aber zu deutlich anderen Bedingungen: „Einstiegswinkel“ 10 Prozent statt der gesetzlich vorgesehenen 33 Prozent und 5 statt 3 Anpassungsschritte. Dies ist die Antwort in Kurzform. Der Beschluss hat flankierende Bedingungen: Investitionen in die Weiterentwicklung des Systems, Beseitigung von bekannten Schwachstellen, und da, wo sie nötig sind, Ausnahmeregelungen, flankiert mit Zusatzentgelten. Krankenhäuser, die sich aktiv an der Weiterentwicklung des Systems beteiligen, müssen ihre Zusatzaufwendungen vergütet bekommen.

Der als Kompromiss zu betrachtende DKG-Beschluss ist mehr oder weniger ein Gesamtpaket, um das derzeitige, noch unausgereifte G-DRG-System tatsächlich zu einem bundesdeutschen System zu formen und sich von der australischen Ausgangsbasis zu lösen. Die DKG stellt sich den notwendigen Maßnahmen. Ihre Mitglieder unterstützen die Weiterentwicklung. Konkrete Vorschläge liegen auf dem Tisch. Die begonnene Fahrt geht weiter, aber die zurzeit geltenden gesetzlichen Regelungen müssen angepasst werden, weil der Wissensstand im Jahr 2004 größer ist als im Entscheidungsjahr 1999/2000. Zeit bringt Erkenntnis. Die Umsetzung der Änderungen dürfte den politisch Verantwortlichen eigentlich nicht schwer fallen. Der Dampfer setzt seine Reise fort, der Kurs wird dem gewünschten Ziel angepasst. Ein Stopp oder eine Wende sind ausgeschlossen.

Der von der DKG aufgezeigte Weg ist ein bedeutsamer Beitrag. Er sollte unverändert akzeptiert werden. Dies vermeidet zusätzliche Unruhe und schafft Berechenbarkeit – ein Vorbild in unruhigen Zeiten.

DKG-Hauptgeschäftsführer Jörg Robbers ■